

Die Tarifrunde in der chemischen Industrie 1976

Bis Ende 1975 waren auf Grund der allgemeinen konjunkturellen Flaute die Kapazitäten in der chemischen Industrie nur teilweise ausgelastet (Umsatzeinbußen von etwa 10 Prozent). Die Folge davon war für fast alle Bereiche die Einführung von Kurzarbeit. Durch zusätzliche Entlassungen wurden die Belegschaften »durchgefördert« und dem Unternehmer unbequeme Kollegen (Kranke, »Bummelanten« usw.) auf die Straße gesetzt. Da auch ausscheidende Kollegen nicht ersetzt wurden, sank die Beschäftigtenzahl in der chemischen Industrie um 3 Prozent (gegenüber 6,5 Prozent in der Gesamtindustrie).

Seit Beginn des neuen Jahres hat sich die Ertragslage entscheidend verbessert, und die Anlagen sind mittlerweile wie vor der Krise voll ausgelastet. Da mit Neueinstellungen sehr vorsichtig verfahren wird, müssen weniger Kollegen erhöhte Leistungen erbringen.¹

Die Tarifverhandlungen

Zum besseren Verständnis muß man wissen, daß die drei chemischen Großbetriebe (Bayer, BASF und Hoechst) im Arbeitgeberverband (Arbeitsring) den

¹ Im April wurden bei der Bayer AG, (hier sind etwa 1/3 der Kolleginnen und Kollegen des Tarifbezirks beschäftigt) ein Bonus von 25 Prozent gezahlt. D. h. außer dem 13. Monatsgehalt, das tariflich abgesichert ist, zahlt die Bayer AG als freiwillige Leistung zusätzlich 25 Prozent eines Monatsverdienstes. Im Vorjahr betrug der Bonus 40 Prozent, die Kürzung wurde mit der schlechten wirtschaftlichen Situation erklärt. Weitere 5 Prozent (im Vorjahr 10 Prozent) des Monatsverdienstes können in Belegschaftsaktien (Degel-Bayer-Mitarbeiterfond) angelegt werden.

Ton angeben. Jeder Verhandlungsschritt wird zentral gesteuert und überwacht, so daß die Verhandlungen in den einzelnen Bezirken für die Arbeitgeber reine Formsache sind. Gerade weil die IG Chemie heute den Unternehmern nichts mehr entgegenzusetzen hat, hält sie an der Form der bezirklichen Verhandlungen fest. Damit will die Gewerkschaft vor den Arbeitern vertuschen, daß ihre Tarifierfolge einzig und allein vom guten Willen der Unternehmer abhängen. Das zeigen die Tarifverhandlungen der letzten Jahre, in denen die Unternehmerseite der Gewerkschaft stets ihre Taktik der gleichgeschalteten Verhandlungen aufgezungen hat.

Wie kein anderer Gewerkschaftsführer legte der 1. Vorsitzende der IG Chemie, Karl Hauenschild, seine Organisation Monate vor dem Beginn der Tarifverhandlungen in spektakulären Zeitungsinterviews auf den Kurs der Bundesregierung fest. Er betonte: »Über Tarifpolitik umzuverteilen, habe ich mir inzwischen aus dem Kopf geschlagen.« (»Frankfurter Rundschau« vom 22. 1. 1976). Weiterhin erklärte er, »daß es nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein kann, vom Gesetzgeber gewollte und beschlossene Belastungen in der Lohnpolitik einzubeziehen. Wir können aus der Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben keine Forderungen ableiten.« (»Die Zeit« vom 19. 12. 1975). Solche Äußerungen garnierte Hauenschild dann noch erleichtert mit der Feststellung, im übrigen seien die Kollegen auch gar nicht kampfbereit.

Viele ehrenamtliche Funktionäre erklärten deshalb auf Gewerkschaftsammlungen und Schulungen zur Tarifrunde, daß es ihnen unmöglich sei, die nun von ihnen geforderte Diskussion mit

ihren Kollegen im Betrieb im Sinne der Organisation zu führen. Sie mußten sich von z. T. unorganisierten Kollegen sagen lassen, daß das Ergebnis der Tarifrunde ja schon bereits feststehe. In diesen Diskussionen drückte sich aus, daß viele Kollegen nicht mehr bereit sind, für die Hilflosigkeit der Gewerkschaftsführung die Verantwortung zu übernehmen.

Bei den diesjährigen Verhandlungen wurde von der IG Chemie der Tarifbezirk Rheinland-Pfalz (BASF) als Vorreiter gewählt. (In Gewerkschaftskreisen zählt die BASF zu einem der kampfstärksten Betriebe.) In die laufenden Verhandlungen fiel diesmal der Streik der Drucker und Setzer.

Nachdem man alle Verhandlungen bis auf Rheinland-Pfalz hatte scheitern lassen, gab man sich auch in der IG Chemie nach außen kämpferisch: Man redete davon, die Schlichtung anzurufen, und zur Unterstützung der Verhandlungen wurde teilweise von Streik gesprochen. Aber bis auf einige Ausnahmen wurden keine ernsthaften Anstrengungen unternommen, Kampfmaßnahmen vorzubereiten. Schließlich befand man sich ja im Wahljahr 1976. Nachdem die Drucker durch Kampfmaßnahmen die magischen 6 Prozent übersprungen hatten, wurde am 19. 5. in den letzten Verhandlungen in Rheinland-Pfalz mit 5,85 Prozent, mindestens 85,- DM, abgeschlossen. Damit war das Ergebnis für die anderen Tarifbezirke gesetzt, die jetzt schnell vor der Schlichtung neue Verhandlungen ansetzten. Die Unternehmer hatten so auch diesmal wieder erreicht, den Abschluß bundeseinheitlich durchzusetzen. Die Verhandlungen in den anderen Tarifbezirken hatten jetzt nur noch die Funktion, das Ergebnis aus Rheinland-Pfalz zu bestätigen. Die Flugblätter mit

dem Verhandlungsergebnis waren teilweise schon vor Ende der offiziellen Verhandlungen gedruckt. Um den Unternehmern entgegenzukommen, mußte in Nordrhein extra ein laufender Tarifvertrag für Auszubildende aufgehoben werden.²

Der Druckabschluß und der nicht mehr zu verleugnende Aufschwung haben so den Chemieabschluß etwas über die 5,4 Prozent-Marke gehoben. Auf der anderen Seite blieb er gerade noch »maßvoll« in den Lohnleitlinien des Wahljahres 1976 mit einem Gesamtvolumen von etwa 6 Prozent.

In diesem Sinne schreibt das »Handelsblatt« vom 20. 5. 1976: »Die Höhe des Abschlusses sei jedoch auch vor dem Hintergrund der jüngsten Tarifentwicklungen in anderen Bereichen zu sehen, immerhin hatte die Druckindustrie in der vergangenen Woche über mehr als 6 Prozent abgeschlossen. Insgesamt gesehen, so der Arbeitsring, sei ein auf die spezifischen Probleme der chemi-

schen Industrie abgestelltes Ergebnis zustande gekommen.«

»Ein besseres Ergebnis wäre wohl nur mit dem Mittel des Streiks erreichbar gewesen«, schreibt die Tarifkommission der IG Chemie, als sie den Beschäftigten im Bezirk Nordrhein den Abschluß im Chemiekurier mitteilte.

So kann dem nur beigepflichtet werden, denn zum Streik sind die Belegschaften der meisten Großbetriebe weder bereit noch vorbereitet. Die Gewerkschaftsführung begreift die Abschlüsse als einen »Beitrag zu den Bemühungen der Bundesregierung, Stabilität herbeizuführen und den Aufschwung zu sichern«, so der 1. Vorsitzende der IG Chemie, Karl Hauenschild, zur Kölner Zeitung Express. Sie trifft keine Maßnahmen, die Situation in den Betrieben zu ändern und die Kolleginnen und Kollegen für die Zukunft auf mögliche und nötige Kampfmaßnahmen vorzubereiten.

Der Ablauf der Tarifverhandlungen im Bezirk Nordrhein

Laut den »Richtlinien zur Tarifarbeit« sind die gewerkschaftlichen Vertrauensleute an der Aufstellung der Forderung zu beteiligen. Ende Januar begannen zaghaft die Diskussionen um die Forderungen in den Vertrauensleutekorpern. In einigen Verwaltungsstellen wurde von den Hauptamtlichen sogar vorgeschlagen, die Aufstellung der Forderung der Tarifkommission zu überlassen. In den wenigen aktiven Vertrauensleutekorpern wurden dieses Jahr verstärkt einheitliche Geldforderungen diskutiert oder zumindest ein sehr hoher Mindestbetrag. Die ÖTV-Forderung unterstützte dieses Verhalten. Als die ersten Forderungen an die Tarifkommission abgingen und sich die Tendenz zu einem einheitlichen Geldbetrag (150—155 DM) zeigte, reagierte hierauf der Bezirksleiter durch einen

Brief an die Vertrauensleute. Unter anderem gibt er folgendes zu überlegen: »Einen einheitlichen DM-Betrag sehe ich in diesem Jahr genausowenig gerecht an wie eine reine prozentuale Erhöhung. Ich glaube, daß wir bei den vielschichtigen Interessen unserer Mitglieder, aufgrund der unterschiedlichen Tätigkeiten die sie ausüben, und aufgrund der unterschiedlichen Berufsausbildung mit einer Mischforderung richtig liegen. Die Höhe der Forderung sollte so bemessen sein, daß sie auch forderungsnah durchgesetzt werden kann.« Zusätzlich wurde auch noch der Hauptvorstand bemüht, der durch Beschluß vom 11. 2. 1976 diese Meinung teilte.³

Damit war die Marschrichtung der Tarifkommission festgelegt, obwohl von den 47 Forderungen, die letztlich der Tarifkommission vorlagen, etwa die Hälfte für einen einheitlichen Geldbetrag waren. Hierzu muß man wissen, daß es im Bezirk etwa 350 Betriebe gibt, das Schwergewicht aber bei wenigen Großbetrieben liegt.

Am 26. März wurde im »Chemiekurier«, dem Mitteilungsblatt der Tarif-

kommission, unter der Überschrift: »Die Konjunktur läuft«, den Kolleginnen und Kollegen die Forderung mitgeteilt. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 5 Prozent und ein Sockelbetrag von 45,- DM, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 40,- DM im 1. Ausbildungsjahr. Letzteres mit dem Vermerk, »da die Relation der Vergütungssätze in diesem Jahr nicht veränderbar ist, ergeben sich die weiteren Veränderungen entsprechend«. Und zusätzlich die Vereinbarung einer Preisgleitklausel.

Das Gesamtvolumen der Forderung lag mit etwa 6,8 Prozent recht niedrig, das I-Tüpfelchen sollte wohl die Preisgleitklausel sein. Diese hört sich vordergründig zwar gut an. Bei Preissteigerungen, die über einem bestimmten Prozentsatz hinausgehen, sollen die Löhne und Gehälter um einen gewissen Prozentsatz erhöht werden. Nur löst es das Problem nicht, sondern verlagert die Tarifverhandlungen und die Notwendigkeit, höhere Löhne und Gehälter zu erkämpfen auf die Ebene der Rechnungen des statistischen Bundesamtes.

In der ersten Verhandlung am 13. 5. machten die Unternehmer kein Angebot, es wurde lediglich eine Wirtschaftsdebatte geführt. Die Verhandlungen wurden auf den 26. 5. vertagt. Am 26. machten die Unternehmer ein 5-Prozent-Angebot, das von der Tarifkommission als völlig ungenügend zurückgewiesen wurde. Die dritte Verhandlung am 11. Mai wurde am Abend von der Tarifkommission für gescheitert erklärt, nachdem die Unternehmer 5,4 Prozent angeboten hatten.

Unter der Schlagzeile »Verhandlungsausbeute 0,4 Prozent« wurde das Scheitern der Verhandlungen den Kollegen am nächsten Tag mitgeteilt. Den Kollegen wurde eine harte Verhandlungsführung vorgezeigt: »Unsere Forderung steht nach wie vor unverändert in der Verhandlung. Die Schlichtungsstelle muß sich nunmehr mit dem Tarifstreit befassen«, »Chemiekurier« 4/1976. Aber vor allem wollte man den Ausgang der Drucktarifrunde abwarten, die gerade in ein entscheidendes Stadium getreten war. So war auch die Meinung vieler Kollegen, daß der Druckerabschluß, wenn er die magische 6-Prozent-Grenze überschreiten, unseren Abschluß nach oben drücken würde.

Mit dem Schlichtungstermin legte man sich aber nicht fest, die Verhandlungen in Rheinland-Pfalz sollten wohl erst abgewartet werden. In den Verwaltungsstellen wurde jetzt zwar häufiger von Streik geredet, aber in den wenigsten Fällen konkrete Vorbereitungen unternommen. Für die Verhandlungsführer reichte es

² 1974 war hier ein Tarifvertrag über die Angleichung der Altersstufen (Eintritt unter 18 Jahre — Eintritt über 18 Jahre) abgeschlossen worden. Die Differenz sollte über 2 Stufen angeglichen werden; 1975 die Hälfte auf die untere Stufe, 1976 volle Gleichstellung. Dafür mußten die prozentualen Unterschiede zwischen den 4 Lehrjahren erhalten bleiben. Daraus folgte, daß die Forderung für die Auszubildenden differenziert aufgestellt werden mußte, jedes Lehrjahr hätte danach einen anderen Geldbetrag bekommen müssen. Das von Rheinland-Pfalz übernommene Ergebnis — 32,- DM für alle Lehrjahre — steht somit im Widerspruch zum 1974 ausgehandelten Tarifvertrag.

³ Um die Höhe der Forderung im Bundesgebiet einheitlich zu halten, wurde vom Hauptvorstand die hohe Ausgangsforderung der Tarifkommission Nordmark (Hamburg) nach unten gedrückt. Als die Tarifkommissionsmitglieder mit Rücktritt drohten, entstand hier der Kompromiß von 6 Prozent und einem Sockelbetrag von 40,- DM, die höchste Forderung im Bundesgebiet.

Noch einige Restexemplare lieferbar:

Die Auseinandersetzungen auf der Klöckner Hütte Bremen

Teil I: 2,- Teil II: 2,50 DM

Bestellungen bei: Margret Kuhlmann, Postfach 10 38 45, 2800 Bremen

aus, daß den Unternehmern eine scheinbare Kampfbereitschaft vorgetäuscht wurde. In einigen Fällen wurden Streikvorstellungen aktiver Vertrauensleute mit dem Argument *«Es ist ja doch keine Solidarität vorhanden»* abgeblockt. Mittlerweile war der Druckerstreik beendet, und es wurde schnell in den letzten noch ausstehenden Verhandlungen in Rheinland-Pfalz in der Nacht zum Donnerstag, dem 20. 5., mit 5,85 Prozent, mindestens 85,- DM, abgeschlossen. Damit war auch das Datum für die noch ausstehenden Verhandlungen in Hessen und Nordrhein gesetzt. Obwohl die Unternehmer die Schlichtung schon unmittelbar nach Scheitern der letzten Verhandlungen angerufen hatten, wurden für Hessen am 24. und für Nordrhein am 25. 5. neue Verhandlungen angesetzt.

Für die Kollegen und selbst für viele Funktionäre kam der Termin der Neuverhandlungen völlig überraschend, sie

erfuhren ihn am Donnerstagmorgen aus der Zeitung. Die offizielle Mitteilung der Bezirksleitung kam erst mittags per Eilpost. Den meisten Kollegen war jetzt klar, daß die Tarifrunde gelaufen war, und man stellte sich auf den Abschluß von 5,85 Prozent, mindestens 85,- DM, ein.

Der Abschluß wurde ohne große Reaktion in den Betrieben aufgenommen. Lediglich bei vielen Kollegen aus dem gewerblichen Bereich machte sich Bitterkeit darüber breit, daß der Abschluß den Angestellten schon ab Gehaltsgruppe 3 Erhöhungen über 100 DM einbrachte. In der Gehaltsgruppe 4, in der die meisten technischen Angestellten beschäftigt sind, gab es bereits 128,- DM, in der höchsten Gehaltsgruppe 178,- DM mehr. Die Kollegen in den Lohngruppen 1—5 bekommen 85,- DM bzw. 86,- DM und selbst die wenigen Spitzenhandwerker in Lohngruppe 6 nur 92,- DM.

stelle wurde vorgehalten, daß sie in der Vorbereitung der Tarifrunde mit allen Mitteln versucht hätten, die Forderung herabzudrücken. Nun plötzlich würde man eine Kehrtwendung um 180 Grad machen. Viele der anwesenden Vertrauensleute waren selber aktiv im Streik von 1971 gewesen und hatten noch in Erinnerung, wie ihnen der Bezirk nach über einer Woche Streik mit seinem Abschluß in den Rücken gefallen war.

Der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle äußerte seine Enttäuschung über das Denken der Kollegen. Er fragte die Anwesenden, wie er denn in den Gewerkschaftsgremien, wie Tarifkommission usw. noch offensiv argumentieren könne. Es wurde deutlich, daß es ihm in jeder Phase der Tarifrunde nur darum gegangen war, seine Schwierigkeiten im Gewerkschaftsapparat mit Hilfe der Kollegen zu lösen. Am Schluß der Veranstaltung gelang es ihm dann aber doch, einen Kompromiß zu finden, der allgemein akzeptiert wurde: Es wurde gefordert, die Verhandlungen zu koordinieren, damit nicht unter 85 DM abgeschlossen wurde. Außerdem wurde ein bezirkliches Treffen aller Vertrauensleuteleitungen noch vor Beginn der Schlichtung verlangt. Dieser Vorschlag des Geschäftsführers der Verwaltungsstelle sollte den Eindruck erwecken, als könnten die Kollegen noch Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nehmen. Betriebliche Maßnahmen, wie Ablehnung von Überstunden durch den Betriebsrat und Unterschriftensammlungen, sollten dieses Vorgehen unterstützen.

Der weitere Verlauf der Tarifrunde bestätigte dann die Skepsis vieler Kollegen: Wie auch im Bezirk Nordrhein wartete der Bezirk Hessen die Schlichtung nicht mehr ab, sondern schloß auf einem rasch aberaumten Zwischentermin in der gleichen Höhe wie Rheinland-Pfalz ab.

Auch die Reaktion auf den Abschluß war ähnlich wie oben geschildert. Man hatte sich schon vorher darauf eingestellt, daß die IG Chemie unter den gegebenen, durch den Druckerstreik leicht veränderten Bedingungen nur den Abschluß nach Hause bringen konnte, der ihr von den Unternehmern zugestanden wurde.

Der Ablauf der Tarifrunde in Hessen:

Im folgenden stützen wir uns hauptsächlich auf Erfahrungen im Bereich der Verwaltungsstelle Darmstadt:

In den recht spät anlaufenden Diskussionen in den Vertrauensleutkörpern bemühten sich die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre, eine Mischforderung (DM-Festbetrag und Prozente) durchzusetzen. Die Auseinandersetzungen um Art und Höhe der Forderung fanden in den Betrieben eine geringe Resonanz. Nach den Erklärungen aus der Bundesregierung, aus dem Vorstand der IG Chemie und nach Ablauf der anderen Tarifrunden hielten die meisten Kollegen die Bewältigung der Chemietarifrunde für eine reine Formsache. Die spärliche Beteiligung an den Vertrauensleuterversammlungen zeigt das Desinteresse.

Die Vertrauensleute der Verwaltungsstelle Darmstadt hatten in den vergangenen Jahren immer eine Festgeldforderung abgesetzt, die dann in der Tarifkommission niedergestimmt worden war. In diesem Jahr gingen die Verwaltungsstellenfunktionäre mit der *«Kompromißforderung»* hausieren und brachten damit auch die Festgeldforderung in vielen Betrieben zu Fall.

Die Vertrauensleuterversammlung am 15. 3., die die Forderung für die Verwaltungsstelle abzusetzen hatte, entschied sich dann doch, auch gegen den Widerstand des anwesenden Bezirksleiters, für eine Festgeldforderung von 170,- DM. Obwohl viele der anwesenden Vertrauensleute auf betrieblichen Vertrauensleute-Versammlungen für die Mischforderung gestimmt hatten, konnten sie von Kollegen aus den Betrieben, die an der DM-Forderung festhielten, umgestimmt werden. Diese Entscheidung wurde von ihnen nicht getroffen, um auf der Grundlage eines solchen Beschlusses einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, wie viele Mitglieder vom *«Kommunistischen Bund Westdeutschland»* (KBW) glauben. Nach unseren Erfahrungen nahmen die Kollegen sehr wohl in Kauf, daß auch in diesem Jahr sich die Tarifkommission über ihre Entscheidung hinwegsetzen konnte. Sie brachten mit ihrer Abstimmung zum Ausdruck, daß sie nicht damit einverstanden sind, in welcher Art und Weise die Gewerkschaft Jahr für Jahr die Tarifrunde durchzieht. Dem Bezirksleiter wurde von vielen Diskussionsrednern vorgehal-

ten, daß eine Tarifpolitik im *«gesamtwirtschaftlichen Interesse»*, wie er sie vertritt, sich an den Interessen der Unternehmer und nicht an denen der Arbeiter und Angestellten orientiert.

Nachdem unter dem Einfluß des Druckerstreiks die Verhandlungen bei einem Stand von 5,4 Prozent abgebrochen werden mußten, fand am 11. Mai eine weitere Vertrauensleuterversammlung statt. Der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle glaubte nun, die Vertrauensleute mit radikalen Phrasen beeindrucken zu müssen. Er deutete an, daß sich die Auseinandersetzungen verschärfen könnten, wenn die Unternehmer bei ihrer bisherigen Haltung blieben. Viele Kollegen begegneten seinem Auftreten mit Skepsis. Ein Diskussionsredner bekam viel Beifall für den Satz: *«Die Kollegen haben Angst, daß sie von der Gewerkschaft erst hochgejubelt und dann wieder fallengelassen werden.»* Andere stellten klar, daß der Abbruch der Verhandlungen bei 5,4 Prozent ausschließlich dem Druckerstreik zu verdanken sei und brachten die schlechte Vorbereitung der Tarifrunde durch die Interviewpolitik von Hauenschild in Erinnerung. Den hauptamtlichen Sekretären der Verwaltungs-

Nur die Kraft der Arbeiterklasse kann den Niedergang aufhalten

In den vergangenen Jahren galten IG Chemie und IG Metall als die *«linken»* Gewerkschaften im DGB, deren Spitzenfunktionäre kritische Worte über die

kapitalistische Gesellschaft auf Funktionärskonferenzen und Versammlungen äußerten. Demgegenüber galten die IG Bau Steine Erden — ehemaliger Vorsitzender: Georg Leber — und die IG Bergbau und Energie — ehemaliger

Erfahrungen in der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit 1,50 DM

Bestellungen bei:

Margret Kuhlmann, Postfach 103845, 2800 Bremen

Vorsitzender Walter Arendt — als die »rechten« Gewerkschaften. Die Unterschiede zwischen den »linken« und den »rechten« Gewerkschaftsführern erschöpften sich darin, daß diese verschiedene Vorstellungen im einzelnen darüber hatten, welche wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen die Regierung ergreifen sollte.

Jetzt, wo die Spannungen zwischen den Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft zunehmen, wo die Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Unternehmerklasse deutlicher zutage treten, heben sich die Gegensätze zwischen »rechten« und »linken« Gewerkschaftsführern zugunsten des gemeinsamen Einsatzes für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf. Leber und Arendt sind Minister in der Bundesregierung, und Häußenschildt und Loderer unterstützen sie von ihren Positionen aus.

So wird die Hoffnung mancher linker Vertrauensleute und Betriebsräte, sie könnten im Kampf gegen die Unternehmerschaft auf die »linken« Gewerkschaftsführer setzen, durch diese selbst energisch zurückgewiesen. Auf der anderen Seite wird es der Masse der unteren Funktionäre in den Betrieben immer weniger möglich, die Linie, die ihnen der Apparat vorzeichnet, vor den Mitgliedern zu vertreten — geschweige, daß sie damit neue Mitglieder werben könnten, wie es immer wieder von ihnen verlangt wird.

Der Druck von mehr als einer Million Arbeitsloser auf dem Arbeitsmarkt gibt

den Kapitalisten die Möglichkeit, auf die früher geübten Rücksichten gegenüber den Arbeiter und Angestellten zu verzichten. Mit dem Abbau von Sozialleistungen und zunehmendem Arbeitsdruck wächst auch der unmittelbar empfundene Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter in den Betrieben, das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen wird deutlicher sichtbar. Dies kommt auch in der Tarifrunde zum Ausdruck — alle Abschlüsse, selbst der der Kollegen aus der Druckindustrie, haben Reallohnabbau zur Folge.

Aber eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse kann nur dadurch zustande kommen, daß die Arbeiter und Angestellten lernen, von ihren Klasseninteressen auszugehen und auf dieser Grundlage den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu entwickeln.

Diesen Ausweg kann ihr die Gewerkschaftsführung, die sich für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft mit all ihren Mitteln einsetzt, nicht weisen. Die sozialdemokratische Führung in den Gewerkschaften stellt den zum Klassenbewußtsein sich hin entwickelnden Arbeitern daher stets das angeblich übergeordnete »gemeinsame« Interesse von Kapitalisten und Arbeitern entgegen. Diese, von der Gewerkschaftsführung oft beschworene wirtschaftliche oder sozialpolitische »Vernunft« ist im Grunde nichts anderes als das sozial verbrämte Unternehmerinteresse. Da die Gewerkschaftsführung den Kampfwillen der Arbeiter dort, wo er sich entwickelt, zu unterdrück-

ken sucht und ihn dort, wo sie ihn zur Unterstützung der Tarifverhandlungen demonstrativ zeigen möchte, gegenwärtig nicht oder unzureichend vorfindet, ist sie im Grunde genommen von der Bereitschaft des Unternehmerlagers abhängig, ob dieses mit ihr verhandeln will oder nicht. Damit wird sie in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung abhängig von den Unternehmern, die sie dazu benutzen, der Arbeiterklasse den sozialen Abbau gut zu verkaufen.

Die diesjährigen Tarifabschlüsse — mit Ausnahme des Abschlusses in der Druckindustrie — sind Zugeständnisse des Kapitals an die Arbeiterklasse, die dazu dienen, die Tatsache zu verschleiern, daß das Unternehmerlager die Gewerkschaftsführungen vollständig in der Hand hatte und diese nur darum nicht fallen ließ, da es derzeit nichts an ihre Stelle setzen kann. Erst der Kampf der Kollegen in der Druckindustrie brachte 1976 die Arbeiter ins Spiel. Die Arbeiter und Angestellten und die Kraft, die sie im Arbeitskampf entwickeln können, sind der einzige gesellschaftliche Faktor, der die Unternehmer beeindrucken kann. In dem anschließenden Tarifabschluß in der chemischen Industrie spiegeln sich noch die Befürchtungen, die das Handeln der Druckkollegen im Unternehmerlager weckten und die die Chemieunternehmer bewogen, in ihrem Bereich weitergehende Zugeständnisse zu machen, als dies in den Tarifabschlüssen vor dem Streik in der Druckindustrie geschehen war.

Veröffentlichungen der Gruppe Arbeiterpolitik

- | | | |
|--------------------------|---|----------------|
| <i>August Thalheimer</i> | 1923: eine verpaßte Revolution?
<i>Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin 1931, 32 Seiten</i> | 1,50 DM |
| | Um was geht es?
<i>Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1929, 32 Seiten</i> | 1,50 DM |
| | Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?
<i>1932, 34 Seiten</i> | 1,50 DM |
| | Die Potsdamer Beschlüsse
<i>Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, 1945, 32 Seiten</i> | 1,50 DM |
| | Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg
<i>1946, 27 Seiten</i> | 1,50 DM |
| | Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
<i>Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, 1952, 43 Seiten</i> | 2,— DM |

Bestellungen an: Margret Kuhlmann, Postfach 10 38 45, 2800 Bremen